

Sehr geehrte Damen und Herren,

die rotgrüne Zählergemeinschaft engagiert sich mit aller Energie gegen die wachsende Anzahl von Armutsproblemen in der Stadt. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich Armutstrukturen verfestigen und damit die Lebensperspektiven von BürgerInnen unserer Stadt sich verschlechtern.

Andererseits gibt es auch viele positive Tendenzen. So zum Beispiel im Hinblick auf bestimmte entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Das Problem der steigenden Energiepreise sehen wir mit großer Sorge. Dabei ist es aber wichtig, einen differenzierten Blick auf die Problemstellung zu behalten.

Grundsätzlich, also unabhängig von den eigenen Einkommensverhältnissen, sinkt im Energiesektor die Zahlungsbereitschaft. Dies hat viel mit veränderten Marktbedingungen aber auch mit der Politisierung des Energiemarktes zu tun. Steigende Energiepreise flankieren dies.

Für Menschen mit wenig Einkommen sind steigende Energiepreise nur eines von vielen Problemen. Wärmekosten übrigens werden für viele Transfereinkommensbezieher übernommen. Das gilt nicht für die Stromkosten.

Grundsätzlich halten wir grünerseits mäßig steigende Energiepreise für gesellschaftlich vertretbar und politisch gewollt, solange damit tatsächlich das Ziel verfolgt wird, eine Energiewende ohne Atomstrom und mit 100 Prozent Klimaschutz durchzuführen. Dazu hat sich u.a. Die Stadt Osnabrück verpflichtet. Steigende Preise schaffen Anreize zum Einsparen und sind damit dem Klimaschutz förderlich.

Für einkommensschwache Haushalte ist das allerdings ein Problem, soweit die Preise ihre Möglichkeiten übersteigen. Aus unserer Sicht müssten daher parallel die Sätze für die Transfereinkommen entsprechend steigen. Spezielle Stromtarife sind aus unserer Sicht weniger zielführend. Der Energiemarkt ist kein Instrument um soziale Ungleichheiten zu ändern, das muss über die Steuer- und Sozialpolitik erfolgen. Und eine Steigerung der Hartz IV-Regelsätze beispielsweise ist hier insgesamt zielführender, da der Energieeinsparanreiz im vollen Umfang erhalten bleibt.

Nichtsdestotrotz ist das Problem wachsender Zahlungsprobleme auch kommunal zu bearbeiten. Konkret haben rotgrün das Thema mehrfach im Fachausschuss angesprochen. Und auch mehrere Ratsbeschlüsse gefasst. Den letzten finden Sie anliegend.

Diese Debatten haben hat zu einer vertieften Zusammenarbeit des kommunalen Energieversorgers und der Sozialverwaltung geführt. Darlehen werden nun gezielter angeboten und schneller vermittelt. Außerdem unterstützen wir als Stadt das Projekt Stromsparmcheck, das einkommensschwachen Haushalten hilft, Energiekosten zu senken.

Wir bleiben am Thema dran. Wir möchten Ihnen anbieten über die vielfältige und komplexe Materie gerne auch mal direkt zu sprechen. Wie wäre es mit einem gemeinsamen Treffen?

Uns treibt zudem die Sorge, dass eine fortgesetzte Debatte über die Energiepreise, in der oberflächlichen Weise, wie es in der Vergangenheit bundesweit geschehen ist, die Akzeptanz für die Energiewende für erfolgreichen Klimaschutz untergräbt. Daran haben vor allem die alten energieakteure aus dem fossilen Zeitalter ein Interesse. Armutsprobleme sind denen allerdings egal. Wir erlauben darüber hinaus auf eine Publikation des osnabrücker Wissenschaftlers Michael Kopatzsch vom Wuppertal Institut hinweisen:

<http://www.oekom.de/buecher/vorschau/buch/energiewende-aber-fair.html>

Mit freundlichen Grüßen

Anke Jacobsen